3. Jahrgang / Nr. 244

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 6837.

Sonnabend, 29. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

An das deutsche Proletariat!

Werktätige Männer und Frauen in Stadt und Land.

Eure wirtschaftliche Lage hat sich in einem kaum noch steigerungsfähigen Grade verschlechtert. Die rapide Entwertung der Mark hat allein im letzten Monat Euer Einkommen um mehr als ein Drittel herabgedrückt. Lohn- und Gehaltserhöhungen, um die Ihr regelmäßig lange, und meist sehr opferreich ringen müßt, vermögen nicht entfernt die sprunghaften Preissteigerungen auszugleichen. Wie an der Börse die Entwertung der Mark für eine Bande von Glücksrittern eine unerschöpfliche Quelle der Bereicherung ist, so nützen auf dem gesamten Warenmarkt gerissene Spekulanten die Konjunktur aus. Für einen Zentner Kartoffeln werden 100 Mark und mehr verlangt. Viele von Euch sind einfach außerstande, solche Preise für dieses und für andere Nahrungsmittel zu bezahlen. Und selbst das Unentbehrlichste werdet Ihr Euch mit Euerm kargen Verdienst nicht mehr beschaffen können, da

zahlungsfähige In- und Ausländer drauf und dran sind, ganz Deutschland auszukaufen.

In Euern Kreisen lebt das Gefühl:

So kann es nicht mehr länger weitergehen.

Und während Ihr auf eine Aenderung und Besserung der Verhältnisse hofft, steht Deutschland wieder einmal in einer

langwierigen politischen Krisis.

Wochenlang wurde von den Kraut- und Schlotjunkern der Rücktritt des Kabinetts Wirth-Bauer gefordert und mit allen Mitteln betrieben. Als jene Kreise ihr Ziel erreicht hatten, als die Regierung Wirth-Bauer in der Versenkung verschwand, waren die Koalitionsparteien völlig ratlos. Die Fraktionszimmer des Deutschen Reichstages sahen in diesen Tagen Bilder von geradezu kläglicher Hilflosigkeit. Und die Notregierung, die schließlich zustandekam, widerspiegelt mit voller Klarheit diese politische Jämmerlichkeit. Kein Mensch ist sich darüber im Zweifel, daß die neue aus Sozialdemokraten und Zentrumsleuten gebildete Regierung kaum einen Monat bestehen wird und keine andere Aufgabe hat, als das oberschlesische Diktat auszuführen.

Warum dieses Bild vollendeter Hilflosigkeit?

Angeblich ist das Trauerspiel durch das Genfer Diktat über die Teilung Oberschlesiens verursacht. Angeblich! Denn darüber, daß der deutsche Kapitalismus durch den Verlust wichtiger Teile Oberschlesiens eine empfindliche Einbuße erleidet, sind sich alle einig. Aber — einige hirnlose deutschnationale Phantasten ausgenommen — auch darüber sind sich alle einig, daß die deutsche Regierung sich dem Genfer Diktat fügen muß. Insbesondere, die im Mittelpunkt stehende Deutsche Volkspartei weiß ganz genau, daß schon der Gedanke an eine gewaltsame Auflehnung ein Wahnsinn ist.

Wozu also der Lärm? Wozu bemühen sich Deutschnationale, Volksparteiler und Demokraten, die Verantwortung für einen Regierungsschritt abzulehnen, den sie selbst im Interesse des deutschen Kapitalismus für unumgänglich halten?

Die Antwort ist einfach: bei der gegenwärtigen Krisis handelt es sich gar nicht um Oberschlesien. Das ganze Geschrei dient nur zur Täuschung der breiten Massen. Es geht um etwas ganz anderes:

Es handelt sich darum, wer die ungeheuren Wiedergutmachungslasten tragen soll.

Und die Arbeiter müssen in einer Weise ausgebeutet werden, wie es seit der Frühzeit des Kapitalismus nicht mehr geschah. Zu diesem Behuf muß der Achtstundentag beseitigt werden, der ganze Verwaltungsapparat muß so ausgebaut werden, daß er in jeder Situation gegen das Proletariat verwendet werden kann.

Außerdem will die Bourgeoisie ihre illegalen Kampforganisationen legalisieren, damit sie die Steuerfrage gegen alle Eventualitäten gesichert im Sinne der Reichen und zu Lasten der Hungernden und Darbenden lösen kann.

Die Bourgeoisie denkt nicht daran, zur Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen etwas von ihrem Reichtum abzugeben. Sie ist entschlossen, alle Lasten dem Proletariat aufzubürden.

Das sind die Ziele, die die Kapitalisten erstreben. Die Komödie im Reichstag ist ebenso wie das Geschrei über Oberschlesien nur Mittel zum Zweck. Vorläufig beabsichtigt sie Großbourgeoisie das Kleinbürgertum und vor allem die SPD., mit der Parole: Seht die Landesverräter, die haben unterzeichnet und sich der Entente schamlos unterworfen, politisch zu zermürben. So sind die Herrschaften drauf und dran, wenn nicht anders, auf legalem Wege zu verwirklichen, was im Kapp-Putsch mißlungen ist.

Proletarier in Stadt und Land!

So ist die Lage.

Stinnes und Ludendorff stehen vor den Toren.

Während Ihr träumt, während sich Unabhängige und Mehrheitssozialisten als Schachfiguren der Großbourgeoisie mißbrauchen lassen, wird Euch die Schlinge um den Hals gelegt, an der Euch der Kapitalismus erbarmungslos zappeln lassen wird.

Vor wenigen Wochen erst, am 31. August, seid Ihr im ganzen Reiche anläßlich der Ermordung Erzbergers in gewaltigen Demonstrationen auf den Plan getreten. Ihr hofftet, daß diesmal Ernst gemacht und das Proletariat in geschlossener Front die nationalistischen Mörderbanden niederwerfen werde. Ihr seid bitter enttäuscht worden.

Auf den 31. August folgte Görlitz,

folgte das offene Angebot der SPD., als Kompagnon in eine stinnesierte Regierung einzutreten. Damit hat die SPD. der Schwerindustrie politische Zutreiberdienste geleistet. Und indem sie solches tat, hat sie die Sache des Proletariats wieder einmal verraten. Selbst heute, wo jeder politische Anfänger das Spiel der Schwerindustrie durchschaut, gibt sich die SPD. als Platzhalter für sie her.

Nicht minder schädlich für das Proletariat ist die Haltung der USPD. Zu feige, um offen an die Seite der SPD. zu treten, ist sie es doch, die durch ihre wohlwollende Neutralität das Unterzeichnungskabinett lebensfähig macht. Damit arbeitet sie der Bourgeoisie in die Hände. Damit schwächt und schädigt sie die proletarische Sache aufs schwerste. Die USPD. hatte sogar den traurigen Mut, unsere Versuche, eine einheitliche proletarische Front gegen das schamlose Treiben der Bourgeoisie und zur energischen Wahrung Eurer Klasseninteressen zustande zu bringen, mit allerlei frivolen Redensarten zurückzuweisen.

Was hat die Arbeiterklasse in dieser Lage zu tun?

So schwierig die Aufgabe des Proletariats ist, so einfach ist sie. Die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Görlitzer Beschluß der SPD. beweist, daß die erdrückende Zahl der Proletarier weiß, was sie von einer Stinnes-Regierung zu erwarten hat. Es gilt, alle proletarischen Kräfte in Stadt und Land, in jeder Werkstatt, in jeder Fabrik, in jedem Kontor, in jeder Grube, in jeder Baustelle, in jeder öffentlichen und Betriebsversammlung, und vor allem in jeder Gewerkschaftsversammlung zu mobilisieren für die eine Parole:

Das Zustandekommen einer Stinnesregierung muß mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln verhindert werden.

Gegen den Willen des Proletariats kann keine Regierung existieren! Nun wohlan! Bei Euch, die Ihr Mitglieder der SPD., der USPD. seid, Ihr, die Ihr zu Millionen in den Gewerkschaften organisiert seid, Ihr habt die Macht in Händen, die politischen Verhältnisse in Eurem Sinne und in Euerm Interesse zu gestalten.

Ueber folgende Forderungen ist das gesamte Proletariat, einschließlich der Hirsch-Dunckerschen und Christlichen Klassengenossen sich einig:

1. Die Erfassung der Goldwerte, d. h. die Konfiskation eines Teiles der kapitalistischen Vermögen zugunsten des Staates.
2. Unbedingten Schutz des Achtstundentages und des Streik- und Koalitionsrechtes.
3. Die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen (Orgesch usw.), Bildung eines Selbstschutzes der arbeitenden Massen.
4. Reinigung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr, der Schutzpolizei von allen monarchistischen Elementen unter Kontrolle der Arbeiterschaft.

Diese Forderungen müssen, koste es was es wolle, verwirklicht werden, wenn Ihr anders nicht im grauen Elend verkommen wollt. Sie können aber nur erfüllt werden, wenn Ihr Eure Macht geschlossen zur Geltung bringt und das Zustandekommen einer Stinnesregierung verhindert

Es lebe die geschlossene Kampffront des Proletariats!

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Das Vorspiel zur Stinnes-Regierung.

Der Reichstag hat getagt, nachdem man seinen Zusammentritt von Woche zu Woche, von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde immer wieder hinausgeschoben hatte. Die Regie klappte gut. Das Parlament, das man in der deutschen demokratischen Republik immer wieder in die Wüste schickt, ist nur auf Kommando zu einer nationalistischen Parade zusammengetreten.

Nach den Tagen der Regierungskrise, nach so viel Verhandlungen und Schiebungen, nach so viel Staub, der von den einzelnen Parteien aufgewirbelt wurde, nach einem scheinbar so heftigen Kampf für und wider die breite Koalition, nach der Bildung einer neuen Regierung, der „Regierung der Persönlichkeiten"— kein Wort im Reichstag über alle diese Dinge, keine Erwähnung der breiten Koalition, nur nationalistische Hetzreden über Oberschlesien. Fürwahr, ein scheinbarer Widerspruch!

Die Lösung ist sehr einfach. Die Parteien, die dafür in Frage kommen, sind sich über die Grundzüge der breiten Koalition und der Bildung der Stinnesregierung im wesentlichen einig. Die nationalistische Kundgebung für Oberschlesien ist die erste Probe dieser Einigkeit. Die breite Koalition marschiert unter dem Deckschild einer „nationalen Einheitsfront", auf, gedeckt von einem Wust lügnerischer und hetzerischer Phrasen.

Darüber kann auch die Bildung der zweiten Regierung Wirth, so sehr das die Unabhängigen auch ableugnen möchten, nicht hinwegtäuschen. Die zweite Regierung Wirth hat alles an radikaler Phrase, was die erste besaß, über Bord geworfen. Das „Kabinett der Persönlichkeiten" nimmt die alte Losung der Deutschen Volkspartei, die Losung der „Fachminister" auf. Es ist kein Zufall, daß gerade die Ministerien, deren Beherrschung für das Großkapital am wichtigsten ist, das Finanz- und das Wiederaufbauministerium, offengehalten werden.

Die zweite Regierung Wirth nimmt die Phrasen der Gegenrevolution auf. Wirth proklamiert den nationalistischen Protest gegen die Entscheidung über Oberschlesien, tritt für eine „völkische" Politik ein, ein Wort, das bisher nur die äußerste Rechte in den Mund nahm und wiederholt die Stinnesche „Nichterfüllungs"parole.

Die Bedeutung der Rede Wirths wird am deutlichsten durch das Echo klar, daß sie gefunden hat. Der Sozialdemokrat Müller begeisterte sich in Erinnerungen an den 4. August. Der deutschnationale Hergt gab die Parole der Irredenta, des Revanchekrieges, aus.

Die nationalistische Oberschlesienhetze ist aber für die deutsche Bourgeoisie nur nebenbei eine Vorbereitung zu neuen Abenteuern.

Hauptsächlich ist sie die Einleitung zu dem Angriff des Großkapitals. Die „Nichterfüllung" hat nicht nur außenpolitische Bedeutung, sie ist im wesentlichen eine innerpolitische Parole der Stinnes und Konsorten. Damit soll die Steuersabotage der Kapitalisten und die Abwälzung aller Lasten auf das Proletariat begründet werden.

In dem Augenblick, wo der innerpolitische Charakter aller dieser Losungen klar zutage tritt, wo die Anschläge auf das Proletariat sich in konkreter Form äußern, wird auch das „Kabinett der Persönlichkeiten", das die Aufgabe hat, mit der Entente ins Reine zu kommen und für die nötige Phrase zu sorgen, der offenen Stinnesregierung, dem Kabinett der gegenrevolutionären Tat, Platz machen.

Diese nüchterne Voraussicht muß das Handeln der Arbeiterschaft bestimmen. Ebensowenig wie sie den Weg der SPD.-Führer gehen kann, die bewußt auf die breite Koalition hinsteuern, ebensowenig kann sie die Illusionen der Unabhängigen über den Charakter der zweiten Regierung Wirth teilen. Diese „Regierung der Persönlichkeiten" ist nur die Wegbereiterin der breiten Koalition.

In dieser Stunde heißt es für die Arbeiterschaft, alle Kräfte zu sammeln, um die Bildung der Stinneskoalition zu vereiteln.

Die zielbewußte Aktion der Arbeiterklasse muß die Sicherungen erkämpfen, die notwendig sind, um die Pläne des Großkapitals zuschanden zu machen.

*

Die Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung.

Bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag der Sozialdemokraten und des Zentrums, die namentlich erfolgte, wurden 230 Stimmen mit ja, 132 mit nein, bei 9 Stimmenthaltungen abgegeben. Dafür stimmten Zentrum, Sozialdemokraten, Unabhängige und Demokraten.

Für die USP. gab der Abgeordnete Ledebour die Erklärung ab, daß seine Partei durch ihre Abstimmung nicht ausdrücken wollte, daß sie mit allen Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden sei, sondern daß sie lediglich darum für das Vertrauensvotum gestimmt habe, um der Regierung die Entsendung des Kommissars zu den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien zu ermöglichen.

Bei der Abstimmung über einen Antrag der Bayerischen

Stadt... 10.21

M 1819

Volkspartei, des Bayerischen Bauernbundes, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, der in allgemein nationalistischen Ausdrücken die Erklärung der Regierung über Oberschlesien mißbilligt, wurden 152 Stimmen dafür, und 213 dagegen abgegeben.

*

Die neue Regierung.

Nach der Ablehnung der Demokraten an der Regierungsbildung und sei es auch als „Fachminister", teilzunehmen, besteht die zweite Regierung Wirth aus folgenden Personen oder wie sie sich jetzt nennen „Persönlichkeiten":

Reichskanzler und Minister des Auswärtigen: Wirth (Zentrum).
Vizekanzler und Schatzminister: Bauer (Soz.).
Inneres: Köster (Soz.)
Arbeit: Brauns (Zentr.).
Wirtschaft: Schmidt (Soz.).
Justiz: Radbruch (Soz.).
Ernährung: Hermes (Zentr.).
Reichswehrminister: Geßler (Dem.).

Das Wiederaufbauministerium und das Finanzministerium sind noch nicht besetzt. Das Finanzministerium wird vorläufig von dem Ernährungsminister Hermes verwaltet. Diese beiden wichtigsten Ministerien werden wahrscheinlich für die nächste „Verbreiterung" der Koalition bereit gehalten.

Der Demokrat Geßler ist trotz der anfänglichen Haltung seiner Partei auf seinem Posten geblieben, weil der General von Seeckt es so verlangt hat. Und Generale haben bekanntlich in Deutschland alles zu sagen. Man sieht daraus, wer in Deutschland regiert und wer das neue Kabinett Wirth wirklich leitet.

Reichstagssitzung vom 27. Oktober 1921.

Bei vollbesetztem Hause und vollen Tribünen beginnt der deutsche Reichstag am Mittwoch, den 26. Oktober seine Sitzung, in der über die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober beraten werden soll.

Präsident Loebe

eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er von den 220 000 Landsleuten, die gezwungen von Deutschland scheiden, Abschied nimmt. Er führt aus: Wir wollen den Scheidenden, die einem fremden Lande mit fremder Sprache und fremder Kultur zugewiesen werden, nochmals die Hand auf die Schulter legen (!!) ihnen ins Auge blicken und das Gelöbnis ablegen Treue um Treue. Keine Macht der Welt kann durch Gewalt Unrecht in Recht verwandeln (Beifall).

Es wird dann die Beschwerde des Gen. Braß über die bei ihm vorgenommene Haussuchung und die Verletzung der Immunität durch das Eindringen in die Räume der Abgeordneten in der Rosenthalerstraße dem Geschäftordnungsausschuß überwiesen. Eingegangen sind Steuervorlagen.

Der Reichskanzler Dr. Wirth

ergreift dann das Wort und stellt zunächst dem Hause die neue Regierung vor: Auf Grund des Auftrags des Reichspräsidenten habe ich die Bildung der neuen Regierung übernommen, die ich die Ehre habe Ihnen vorzustellen. Neben dem Kanzleramt, das ich übernommen habe, habe ich die Leitung der auswärtigen Geschäfte übernommen. Die übrigen Ministerposten sind wie folgt verteilt: Reichsschatzminister und Vizekanzler Bauer, Minister des Innern Dr. Adolf Köster, Arbeitsminister Dr. Braun, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Finanzministeriums betraut Dr. Hermes, Reichswehrminister Dr. Geßler, Verkehrsminister Gröhner, Postminister Giesbert, Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichsschatzminister Dr. Radbruch, der Posten des Ministers für Wiederaufbau steht noch offen.

Die neue Regierung ist in einer sehr schwierigen äußeren Lage des Reichs und unter innerpolitischen Schwierigkeiten gebildet worden. Da es nicht angängig war, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Krisis der Regierungsbildung oder eine handelsunfähige Regierung aufs Spiel zu setzen, konnte ich mich der Aufforderung des Reichspräsidenten nicht entziehen. Die neue Regierung muß innerhalb kürzester Frist zu einer Entscheidung der Botschafterkonferenz über Oberschlesien Stellung nehmen und die mit einer solchen Stellungnahme verbundenen Entschlüsse durchführen. Die Entscheidung vom 20. Oktober teilt das oberschlesische Industriegebiet durch eine den Industriebezirk zerreißende Grenze und erlegt Deutschland die Verpflichtung auf, mit Polen unter der Leitung eines neutralen Vorsitzenden ein Ausgleichsabkommen abzuschließen, durch das die aus der Grenzführung sich ergebenden wirtschaftlichen Schädigungen ausgeglichen werden sollen. Zugleich sind Deutschland und Polen aufgefordert worden, innerhalb 8 Tagen je einen Bevollmächtigten zu ernennen. Auf diese Entscheidung hin hat sich die frühere Regierung entschlossen zu demissionieren in der Auffassung, daß sie die Entscheidung in der oberschlesischen Frage als ein Unrecht und ein Unglück ansieht. Der Spruch der Botschafterkonferenz schuf eine neue politische Lage. Die neue Regierung weicht in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der alten Regierung ab. Auch sie betont feierlich vor aller Welt, daß durch den Spruch der Botschafterkonferenz Deutschland und dem betroffenen Oberschlesien harte Gewalt angetan wird. Die Entscheidung über die Grenze zwischen Deutschland und Polen sollten die Hauptmächte selbst treffen. Sie haben sich dieser Pflicht entzogen, indem sie den Völkerbundsrat um ein Gutachten ersuchten und zugleich darüber übereinkamen, dieses Gutachten, wie es auch lauten möge, als für sie bindend anzunehmen. Diese Ausgang der Entscheidung verstößt gegen den klaren Wortlaut des Versailler Vertrages. Die gewählte Form der Mitteilung der Entscheidung heilt diesen Verstoß nicht. Diese entstandene Rechtsverletzung auszugleichen, haben die interessierten Hauptmächte zugleich beschlossen, den beteiligten Staaten ein Uebergangsregime aufzuzwingen, das gänzlich außerhalb der ihnen vom Vertrage zugewiesenen Befugnisse liegt. Diesen Rechtsstand wird die neue Regierung den alliierten Mächten gegenüber zum Ausdruck bringen.

Zunächst muß die Aufgabe gelöst werden, einen Vertreter zu den Wirtschaftsverhandlungen über das Uebergangsregime zu entsenden. Vor die Entscheidung gestellt, ob wir einen Vertreter entsenden wollen oder nicht, ist es die Aufgabe unserer Politik, den Interessen Oberschlesiens selbst und denen ganz Deutschlands gerecht zu werden. Wir müssen den Versuch machen, der durch die Zerschneidung bisherigen Verbindung soweit wie irgend möglich entgegenzuwirken. Von dieser Betrachtung der Lage ausgehend, wird die Regierung einen Bevollmächtigten für die Wirtschaftsverhandlungen ernennen und ihn den vier Hauptmächten unverzüglich mitteilen. Wenn die Regierung die Zustimmung der deutschen Volksvertretung zu diesem Entschlusse erbittet, so verhehlt sie es nicht, daß durch die Rücktrittserklärung der alten Regierung eine neue Lage geschaffen worden ist. Durch die Verstümmelung deutschen Territoriums wird Deutschlands weitere Leistungsfähigkeit noch vermindert,

so daß alle bisherigen Berechnungen über die Möglichkeit der deutschen Reparationsleistungen in starke Zweifel gezogen werden müssen.

(Der Kanzler gibt eine statistische Uebersicht, was Deutschland an ideellen und materiellen Gütern durch die Entscheidung verliert.) Die Politik der bisherigen Regierung war darauf eingestellt, durch Reparationsleistungen bis zur Grenze des Menschenmöglichen ihren Verpflichtungen zum Wiederaufbau nachzukommen. Auch die neue Regierung bekundet den guten Willen zur Beseitigung des aus den Kriegsleidenschaften hervorgegangenen Mißtrauens der Völker. Die deutsche Regierung legt gegen den Spruch der Botschafterkonferenz als eine Rechtsverletzung feierliche Verwahrung ein. Um aber die dem deutschen Volke drohende Verelendung zu vermeiden, sieht sie sich genötigt, den in der Note vorgesehenen Delegierten zu ernennen, allerdings ohne ihre Rechtsauffassung preiszugeben. Die Regierung erbittet zu der darauf begründeten Politik ihre Zustimmung.

Das Haus tritt hierauf in die Besprechung der Regierungserklärung ein.

Die Stellung der SPD.

Abgeordneter Müller-Franken (SPD.): Wir schließen uns den Worten warmen Gedenkens für die oberschlesischen Märtyrer durchaus an, um so mehr, als die oberschlesischen Arbeiter die stärksten Träger des deutschen Gedankens und Hüter der deutschen Sache waren (!) Mit einer Politik der großen Geste wäre niemanden gedient. Wir lassen uns von keiner anderen Partei in der nationalen Zuverlässigkeit übertreffen (Rufe bei den Kommunisten: Hurra). Die schon von Bismarck als Giftmischerin gebrandmarkte „Kreuz-Zeitung" behauptet, wir hätten kein Verständnis für nationale Fragen. (Hört, Hört, bei den Kommunisten.) Das ist die Quittung für die Haltung der oberschlesischen Arbeiter und da mutet man uns zu, mit solchem Gesindel eine Einheitsfront zu bilden. (Präsident Loebe ruft den Abgeordneten Müller wegen des Ausdrucks Gesindel zur Ordnung.) Deutschlands Erfüllungsmöglichkeit wird immer enger begrenzt, wir erklären nachdrücklich, daß die Uebergangsbestimmungen keine Stützen für den Friedensvertrag sind. Die Regierung muß aber versuchen, die Interessen der deutschen Oberschlesier zu vertreten. Polen und Deutsche müssen dort gemeinsam miteinander weiterleben, wenn sie nicht den wirtschaftlichen Verfall Oberschlesiens herbeiführen wollen. Eine Politik der Rache und des Boykotts würde die ganze deutsche Industrie schädigen. (Rufe bei den Kommunisten: Ihre Hauptsorge.) Auch bei den Polen muß der Gedanke der Wirtschaft über den Nationalismus siegen. Wir haben zu der Regierung Wirth das Vertrauen, daß sie eine Politik in versöhnlichem Geiste durchsetzt. Wir halten die Politik des bisherigen Kabinetts für die einzig mögliche, denn sie war gebunden durch die Folgen des verlorenen Krieges; auch der Verlust Oberschlesiens ist eine Kriegsfolge. Bis in die Kreise der Deutschen Volkspartei hinein herrschte in den letzten Wochen Einmütigkeit darüber, daß wir am Erfüllungswillen bis zur Grenze des Möglichen festhalten müssen. Wir haben der Demission des bisherigen Kabinetts Wirth widersprochen, da wir aber nicht durchdrangen, konnte leider erst in letzter Stunde der Reichstag sich zu der Lage äußern. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichstag. Wir würden es bedauern, wenn diese Entscheidung gegen das Kabinett ausfiele, denn die schlimmen Folgen hätte das ganze deutsche Volk zu tragen. (Lebhafter Beifall bei der USP.)

Abg. Ulitzka (Zentrum). Die Genfer Entscheidung übersteigt alle Erwartungen. Schon die Abstimmung entsprach nicht den Bestimmungen von Versailles, sie unterstand unter dem polnischen Terror, der von Frankreich begünstigt wurde. Die Oberschlesier hatten geglaubt, über das Schicksal des gesamten ungeteilten Oberschlesiens abzustimmen. Wenn wir einen Vertreter zu den Wirtschaftsverhandlungen schicken, so tun wir das nur in der Erwartung, daß Gleichberechtigung bei den Verhandlungen Platz greift. Wir glauben an die Gerechtigkeit der Weltgeschichte und hoffen darum auf eine Wiedervereinigung mit unserem lieben Oberschlesien.

Abg. Hergt (Deutschnat.): Eine Welle der Empörung hätte durch unser deutsches Volk gehen müssen (!), wie auch die Regierung das Parlament mit sich hätte reißen müssen. Nichts davon ist zu sehen gewesen. Die letzten sechs Tage haben nicht zum Ansehen des parlamentarischen Systems beigetragen. Aus allen Ausführungen des Reichskanzlers klang hervor, daß wir vor einem unabänderlichen Gewaltakt stehen. Gegen diese Auffassung erheben wir Widerspruch. Wir lehnen die Annahme in der oberschlesischen Entscheidung und die Entsendung eines Kommissars ab. Wir stehen vor einem Wendepunkt unserer ganzen Außenpolitik. Das Erfüllungsprogramm müßte eigentlich auch für seine bisherigen Vertreter altes Eisen geworden sein. Sie hat ein völliges Fiasko erlebt, wie auch das unglückselige Rathenau-Abkommen erweist. Die neue Regierung Wirth wird nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

Nach dem Abgeordneten Hergt sprach Abg. Dr. Rahl (DVP.): Warum ist der Reichstag nicht sofort nach Eingang der oberschlesischen Entscheidung vom Kanzler orientiert worden? Der Abschluß des Wirtschaftsabkommens zum aufgezwungenen Bestandteil eines Diktats zu machen, ist Rechtsbruch im schärfsten Sinne. Durch die Annahme der oberschlesischen Entscheidung ist unsere Reparationsfähigkeit in Frage gestellt. Von einer Protestaktion erwarten wir allerdings nichts.

Abg. Breitscheid (USoz.): Allzuoft haben wir schon Anklage erheben müssen gegen diejenigen, die die Schuld tragen an Deutschlands Elend. Auch wir empfinden tiefen Schmerz über den Verlust deutschen Landes, zumal der neue Staat den Oberschlesiern keine Sicherheit für ein wohnliches Unterkommen bietet. Es war ein Fehler aller bisherigen Regierungen, in der oberschlesischen Frage Illusionen aufrecht zu erhalten, die zusammenbrechen mußten. Darum ist jetzt Schrecken und Erbitterung so groß. Es ist unrichtig, wenn sich die Regierung auf einen Bruch des formalen Rechtes beruft. Das formale Recht ist von der Entente nur bei den Wirtschaftsbestimmungen verletzt worden. Gerade diese Bestimmungen aber bedeuten eine Milderung des Friedensvertrages und wir müssen daraus das Beste herausholen. Die Regierungskrise ist nur zum Teil durch die oberschlesische Frage verursacht. Ein Hauptgrund liegt in der Sehnsucht der bürgerlichen Koalitionsparteien nach dem Anschluß an rechts. Diese Sehnsucht ist durch den Görlitzer Beschluß der Sozialdemokratie sehr gestärkt worden. (Widerspruch b. d. Soz.) Sie (z. d. Soz.) hätten dabei zum mindesten geschickter operieren sollen.

Unsere Haltung gegenüber dem neuen Kabinett wird dieselbe sein, wie vorher.

Wir werden die Regierund solange unterstützen, wie ihre Politik im Interesse des arbeitenden Volkes liegt. (Sehr wahr! b. d. USoz.) Wir wollen keine Politik des aktiven oder passiven Widerstandes, sondern die Fortführung der Politik der Erfüllung. (Lebh. Beifall b. d. USoz.)

Präsident Loebe teilt mit, daß vom Provinzialausschuß Ober- und Niederschlesiens ein Telegramm eingegangen ist, in dem gegen das Genfer Diktat einmütig Protest erhoben wird. Diese Kundgebung ist einstimmig von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten beschlossen worden. (Beifall und Hört, hört!)

Abg. Schücking (Dem.): Die Fraktion stimmt im Interesse Oberschlesiens der Entsendung eines Kommissars zu, unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrag widersprechenden Entscheidung ergibt.

Abg. Emminger (BVP.) legt schärfste Verwahrung gegen die Genfer Entscheidung ein und lehnt die Entsendung eines Kommissars ab.

Genosse Heydemann (KPD.):

Der Abgeordnete Ulitzka sprach von der Tragödie des oberschlesischen Volkes. Diese Tragödie war aber bereits vorher, als dieses Land der Spielball der verschiedenen weißen Garden Polens und Deutschlands war, zur Zeit der Blutherrschaft Hörsings sowohl als zur Zeit der Blutherrschaft Korfantys vorhanden. Man spricht von dem reichen Oberschlesien. Damit verhöhnt man die Politik der herrschenden Klassen in Deutschland, da gerade in diesem reichsten Teil Deutschlands das ärmste ausgebeutete Proletariat sich befindet.

In Genf wurde in Wirklichkeit um viel wichtigere Interessen geschachert, als um das Recht der Ausbeutung Oberschlesiens. Es muß dagegen protestiert werden, daß die deutschen Parlamentarier in den letzten Wochen verhöhnt worden sind. Der Bankrott des deutschen Parlamentarismus wurde in den letzten Tagen offensichtlich, als hinter der Kulisse Oberschlesien um ganz andere Dinge geschachert wurde . . . Der Herr Reichskanzler hat ja schon darauf hingewiesen, welche eminent wichtigen Fragen behandelt werden müssen. Es handelt sich darum, wann endlich gegen diese Sabotage unserer Wirtschaft, gegen die Verschacherung und Verramschung unseres Landes eingegriffen wird, um die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes zu erhalten. Die Entscheidung über Oberschlesien war des Geistes, der in Versailles diktiert hat, würdig. Dieser Geist gleicht ganz dem Geiste des deutschen Imperialismus. Die Politik des Völkerbundes ist ja schon von den Sozialisten gebrandmarkt worden. Aber die Art und Weise, wie der Mehrheitssozialdemokrat Müller auf den nationalen Gedanken seiner Partei und der Gewerkschaften hingewiesen hat, erinnert außerordentlich an die Politik der Ablenkung von den eigentlichen Interessen des Proletariats. Während die SPD. erklärt, daß ein Zusammengehen mit dem nationalen Gesindel, das der „Kreuzzeitung" nahesteht, unmöglich ist, haben die Sozialdemokraten im nationalen Protestrummel diese Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialdemokraten tatsächlich hergestellt. Zu derselben Zeit, wo hier im Lustgarten mit den Deutschnationalen der Reichstagspräsident Loebe für Oberschlesien demonstrierte, waren es Baltikumer und Roßbachhorden, die nicht nur Kommunisten und Polen, sondern auch mehrheitssozialdemokratische Redakteure und Gewerkschaftsangestellte verprügelten.

Die nationale Siedehitze in Oberschlesien ist erst durch die Methoden der nationalen Verhetzung während der Abstimmung entstanden. Wir sind stolz darauf, daß allein die Kommunisten deutscher und polnischer Zunge während der oberschlesischen Kämpfe von Anfang bis zu Ende ihre internationale Solidarität hochgehalten haben. Der Abgeordnete Müller sprach von der Quittung, die von den Deutschnationalen den Arbeitern für ihre nationale Tätigkeit gegeben wurde. Diese Quittung ist aber in Wirklichkeit den deutschen Arbeitern in Oberschlesien nach der Abstimmung in viel drastischerer Weise gegeben worden, indem die Großindustriellen dazu übergingen, den Lohnabbau auf der ganzen Linie vorzunehmen. Durch ihre Kriegspolitik sind die Sozialdemokraten die Hauptschuldigen, daß die Arbeiterschaft sich immer durch die deutschen Militaristen provozieren lassen muß.

1916 haben die Deutschen das unabhängige Polen als Rekrutierungsgebiet für den deutschen Imperialismus geschaffen. Genau so wie jetzt das unabhängige Polen Kanonenfutter für den französischen Imperialismus gegen Sowjetrußland geben muß. Wir wissen, daß diese völlig verzerrte Landkarte nur durch das herrschende Proletariat in Mittel- und Osteuropa revidiert werden kann. Wenn Sie hier (nach rechts) darüber stöhnen, daß so viele Deutsche jetzt zu den fremden Polen kommen, so ist es nichts anderes als Heuchelei. Gerade die deutschnationalen Kreise haben im Frieden Hunderttausende polnischer Streikbrecher und Lohndrücker ins deutsche Land gerufen. Ihre Sorgen gehen nur um den Profit. Die Arbeiterklasse muß ihr Geschick von dem der Bourgeoisie trennen, die die oberschlesische Krisis zu innerpolitischen Zwecken ausnützen will. Nur unter der roten Fahne des Sozialismus wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt werden können. Die Aufgabe der Arbeiterklasse wird es sein, sich nicht von ihren proletarischen Aufgaben und ihrer internationalen Solidarität ablenken zu lassen, sondern überall da, wo die weißen Banden bis an die Zähne bewaffnet waren, wie Ehrhardt sagte, um Dampf abzulassen, den Kampf aufzunehmen. Einmal wird Oberschlesien, in dem, wie Dr. Breitscheid mit Recht sagte, der nationalistische Aufstand sehr bald in einen sozialen Kampf umgeschlagen ist, die Brücke zwischen der deutschen und der polnischen Revolution werden.

Es ist die historische Schuld aller sozialistischen Parteien, außer den Kommunisten, daß sie, als die proletarische Bewegung in Oberschlesien die Gegensätze überbrückte, dem Proletariat in den Rücken fielen. Wir wissen, daß die oberschlesische Wirtschaft durch die Entscheidung des Völkerbundsrats außerordentlich zurückgehen wird. Trotzdem warnen wir die deutschen Arbeiter, sich von dem nationalistischen Rummel einfangen zu lassen.

Die Vorstöße des Werftkapitals in Bremen, der Großindustrie in Höchst und Leuna zeigen, wie die deutsche Bourge-

Rüstet zum Gedenktag der russischen Revolution!

Es naht die vierte Wiederkehr des Tages, an dem der herrlichste Sieg des Proletariats errungen wurde, die Arbeiterklasse eines Riesenreiches zum erstenmal die Ketten der Knechtschaft und Ausbeutung sprengte und es wagte, sein eigener Herr zu sein. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt in dieser Zeit daran, daß der Sieg der russischen Proletarier auch ein Sieg für euch war. Denkt daran, daß ihr die Pflicht habt, alles daran zu setzen, daß die Opfer, mit denen dieser Sieg erkauft und aufrechterhalten wurde, nicht umsonst gebracht sind. Jeder denkende Proletarier und jede denkende Proletarierin werden in dieser Zeit ihre Anstrengungen verdoppeln, um dem leidenden und hungernden Proletariat Sowjetrußlands Hilfe zu leisten. Kein Opfer ist groß genug, um auch nur das zurückzuerstatten, was Rußlands heldenmütige Arbeiter für uns getan. Feiert die nahende Jahreswende des Siegestages der russischen Revolution als euren eigenen Kampf- und Feststag eingedenk der Wahrheit:

Wenn wir Rußland helfen, helfen wir uns selbst

olfte die Politik der Erfüllung durchführen wird. In dieser Zeit, wo es jedem Arbeiter und verantwortlichen Arbeiterführer klar sein sollte, daß sich die Front der einigen Bourgeoisie immer mehr auch gegen die letzten Errungenschaften der Arbeiterklasse vorschiebt, sehen wir, daß

das ganze Kulissenspiel der letzten Tage hauptsächlich den Zweck hatte, eine Grundlage für eine Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Stinnespartei zu schaffen.

Auch dem „Vorwärts" dürfte es klar sein, wenn er darüber jubelt, daß die Deutsche Volkspartei nicht in der neuen Regierung ist, daß diese Regierung nur die Platzhalterin für eine kommende ist, in der der Görlitzer Verrat verwirklicht werden soll. Wenn der Abg. Breitscheid dem Ministerpräsidenten Briand im Vergleich zu Poincaré lobt, so fällt er damit den Revolutionären, die in Frankreich gegen Briand kämpfen, in den Rücken. Gerade in den letzten Tagen hat der kommunistische Abgeordnete Cachin dem Judas Ischariot am französischen Sozialismus, Briand, die Maske vom Gesicht gerissen.

Es ist bezeichnend, daß man in weiten Kreisen der Sozialdemokratie nicht zu Sowjetrußland Stellung genommen hat.

Die antibolschewistische Hetze, die von den Sozialdemokraten in Deutschland getrieben wird, und die auch vom Kabinett Wirth unseren russischen Genossen gegenüber getrieben wurde, entspricht ganz dem imperialistischen Raubgeiste des Völkerbundes.

Die Gefahren, die uns durch die Söldnerdienste drohen, die ein Ludendorff der Entente anpreist, die uns durch die Reden eines Briand, eines Lloyd George und des ehemaligen bayerischen Ministers von Kahr, der auch offen zur internationalen Front gegen den Bolschewismus aufruft, offenbar werden, verpflichten die deutsche Arbeiterklasse, alarmbereit zu sein. Noch sind die Scharen der Roßbach, der Aulockleute, der Löwenfeld und Ehrhardt nicht entwaffnet. Die deutsche Reaktion arbeitet solider als die östereichischen Karlisten. Aber die Fäden zwischen den deutschen Monarchisten und Ungarn sind nicht abgerissen. Wenn die Vertreter der SPD. und USP. glauben, daß es notwendig ist, das mitteleuropäische Proletariat dazu aufzurufen, nicht nur mit parlamentarischen, sondern auch mit außerparlamentarischen Mitteln der Reaktion gegenüber bereit zu sein, warum wollen sie nicht auch jetzt in Deutschland mit außerparlamentarischen Miteln vorgehen, da sie sehen, wie die parlamentarischen Mittel immer mehr beschnitten werden.

Wir haben kein Vertrauen zur Regierung Wirth.

Erklärung der Kommunisten.

Für die Kommunistische Fraktion gab Genosse Heidemann nachstehende Erklärung ab:

1. Die Fraktion der KPD. kann die Entscheidung der Botschafterkonferenz über Oberschlesien so wenig anerkennen, wie alle anderen Entscheidungen, die sich auf den Versailler Raubvertrag stützen.

Sie warnt jedoch die Arbeiterschaft Oberschlesiens, sich zu irgend welchen nationalistischen Abenteuern mißbrauchen zu lassen. Sie fordert die sofortige Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen und Banden, einen Arbeiterschutz, der aus organisierten Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten zusammengesetzt ist, unter Kontrolle der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften sofort zu bilden.

2. Die Fraktion der KPD. protestiert auf das Schärfste gegen die Art, wie das zweite Kabinett Wirth zustande gekommen ist. Der Reichstag ist beim Rücktritt gar nicht gefragt worden.

Die Kommunistische Fraktion erblickt im zweiten Kabinett Wirth nur eine Platzhalterin und Kulisse für eine Stinnesregierung, die der Stinnesregierung die Verantwortung für die oberschlesische Entscheidung abnimmt.

Abg. Dr. Paul Levi (Komm. Arbeitsgemeinschaft): Der Menschenschacher des Obersten Rates ist beispiellos in der Geschichte. Wir protestieren dagegen als eine kapitalistische Gewaltmaßregel, besonders auch im Gedenken an die polnischen Kommunisten, die in der Unterdrückung schmachten. Die Schaffung eines selbständigen Polens mußte einmal zu dieser Lage führen. Die deutsche Revolution vermochte die begangenen Fehler in ihrer Schwäche nicht wieder gutzumachen. Man hätte es mit Rußland halten sollen, als es noch ein bedeutender weltpolitischer Faktor war. Zu einer Aenderung unserer Haltung gegenüber der Regierung haben wir keine Veranlassung.

Damit ist die Aussprache beendet. Nächste Sitzung: 3. November, 3 Uhr.

Politische Uebersicht.

Der Schritt der KPD. bei der USP. und SPD. und den Gewerkschaften.

In allen Verhandlungen und in der Presse macht die Kommunistische Partei die Arbeiterschaft seit Monaten auf die außerordentlichen Gefahren der drohenden Stinnesregierung aufmerksam. In Verfolg dieser Bemühungen um eine einheitliche Kampffront hat sich die Zentrale der Kommunistischen Partei an die USP. gewandt, um durch eine Aussprache ein gemeinsames Vorgehen des Proletariats in der gegenwärtigen Regierungskrise zu ermöglichen. Verhandlungen mit der USP. über unsere Aufforderung, zunächst einen gemeinsamen Kampf gegen bürgerliche Regierungsbildungen zu führen, ergaben zunächst das beiderseitige Einverständnis mit den am Dienstag früh in der „Roten Fahne" veröffentlichten Mindestforderungen für eine gemeinsame proletarische Aktion. Die USP. fragte jedoch dann sofort, ob die KPD. bereit sei, mit ihr in eine sozialistische Regierung, die sich aus einer gemeinsamen Aktion ergeben könnte, einzutreten. Unsere Vertreter betonten jedoch demgegenüber, daß die Lösung der Regierungskrise nicht mehr mit parlamentarischen Mitteln, sondern **durch starke Massenbewegungen unter Teilnahme der Arbeiterparteien und Gewerkschaften herbeigeführt werden müßte.** Vor allem gelte es, eine rein bürgerliche oder eine Koalitionsregierung zu verhindern. Den geforderten Eintritt in eine nur auf parlamentarischer Grundlage gebildete neue sozialistische Regierung müsse unsere Partei zunächst ablehnen.

Jedenfalls würde eine sozialistisch-parlamentarische Regierung, solange sie proletarische Politik treibt und im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien steht, **die aktive Unterstützung der Kommunisten finden.** Es wurde dabei auf das Beispiel Sachsens und Thüringens verwiesen. Die USP. aber verlangte von unseren Vertretern die unbedingt bindende Erklärung, daß wir zum Eintritt in jede sich aus der etwaigen Aktion ergebende sozialistische Regierung bereit seien. Mit der Begründung, daß wir diese Erklärung nicht abgegeben hätten, lehnten die Vertreter der USP. nach einer ausführlichen Fraktionssitzung späterhin jede weiteren Besprechungen mit uns ab. Die SPD. lehnte ebenfalls schroff ab.

Durch die Ablehnung des kommunistischen Vorschlags, eine geschlossene Arbeiterfront den Stinnes und Konsorten entgegenzustellen, beweisen die beiden sozialistischen Parteien, daß sie nicht gewillt sind, den eindeutigen Willen ihrer Mitglieder in die Tat umzusetzen. Nach wie vor wird versucht, durch Kompromisse, deren Dauer sich höchstens auf Tage erstrecken kann, die Tatkraft der Arbeiter zu lähmen. Die Pläne dieser Führer müssen durch entschlossenes Handeln der Arbeiterschaft durchkreuzt werden.

Der Mordanschlag auf Auer.

Ein Werk der bayerischen Verschwörerbanden.

München, 26. Oktober.

Als gestern nacht um ½12 Uhr der Abgeordnete Auer das Gewerkschaftshaus, in dem eine Vorstandssitzung stattgefunden hatte, mit vier Begleitern verließ und am Stephansberg vorüberging, **wurden auf dem an das Gewerkschaftshaus angrenzenden Friedhof zwei Schüsse gegen Auer abgefeuert, die ihr Ziel verfehlten.** Auer, der selbst eine Schußwaffe bei sich führte, gab fünf Schüsse in der Richtung ab, aus der die Schüsse gefallen waren. Die Polizei suchte den Friedhof ab, ohne den Täter entdecken zu können. Auer hatte in den letzten Tagen Drohbriefe erhalten, **in denen ihm das gleiche Schicksal angekündigt wurde, wie es Eisner ereilt habe.** Ein im Gewerkschaftshaus beschäftigter Mann gibt an, während der Vorstandssitzung auf dem Friedhof einige Männer beobachtet zu haben, die in das Gewerkschaftshaus hineinsahen. Es war auch aufgefallen, daß ein Unbekannter Auer in das Gewerkschaftshaus gefolgt war, als dieser sich in die Vorstandssitzung begab.

Derselbe Auer, den die Kugel eines Orgeschmannes niederstrecken sollte, hat vor wenigen Tagen in einer von allen bürgerlichen Parteien gemeinsam mit der Sozialdemokratie veranstalteten Demonstrationsversammlung wegen Oberschlesien sprechen wollen. Bereits damals wurde er von der nationalistischen Menge am Reden verhindert und spät nachts wurden ihm sogar die Fensterscheiben eingeschlagen. Gestern schließlich folgte der Mordanschlag. Diese Zeichen müßten selbst SPD.-Führer verstehen. Volkspartei und Deutschnationale brauchen keine Unterstützung mehr durch die SPD., sie trumpfen offen auf.

Darüber hinaus ist der Anschlag noch insofern bedeutsam, als er gegen Auer wegen seiner Veröffentlichungen über die Münchener Geheimorganisation gerichtet ist. Die betroffenen Orgeschjünglinge antworten prompt. Auer soll ebenso wie Gareis beseitigt werden. Die bayerische legale und illegale Konterrevolution besteht ungeschwächt weiter. Sie richtet ihre Angriffe nicht nur gegen Kommunisten. Die gesamte Arbeiterschaft, auch SPD.-Führer und -Arbeiter sollten getroffen werden. Und gerade die SPD. war es, die jede Lösung der bayerischen Frage unmöglich machte. Die Regierung Lerchenfeld erweist sich, gleich Kahr, als Platzhalter der Rupprecht und Konsorten.

Das Proletariat muß demgegenüber nach wie vor auf der Sicherung seiner elementarsten Rechte durch Durchführung der am 31. August aufgestellten Forderungen über Entwaffnung und Auflösung aller illegalen konterrevolutionären Formationen bestehen.

Justizkomödie.

Man muß es Jagow zugeben, daß er es äußerst gut verstanden hat, den Reichsjustizminister und den Oberreichsanwalt an der Nase herumzuführen. Freilich muß man auch bedenken, daß diese beiden Herren ein mehr als bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt haben. Nun schien es, daß gegen Jagow und andere unterdeß gefangene Kappisten, Schiele und Wangenheim, endlich doch der Prozeß zustandekommen sollte. Donnerstag sollte Verhandlung sein. Plötzlich kam die Nachricht, daß der Prozeß abermals verschoben werden muß, weil vier andere Kappisten, nämlich Bauer, Pabst, Ehrhardt und Schnitzler, sich freiwillig stellen wollten. Der Herr Oberreichsanwalt wollte großzügiger Weise gegen die ganzen Kappisten auf einmal verhandeln. Eine scheinbar ganz vernünftige Begründung. Merkwürdig wird aber der Fall, wenn man folgende Notiz aus der „Augsburger Abendzeitung" liest:

„Das Wolffbüro berichtete bekanntlich, daß mehrere im Ausland befindliche Teilnehmer am Kapp-Putsch sich bereit erklärt hätten, unter gewissen Garantien zur Verhandlung nach Leipzig zu kommen.

Wie wir hierzu erfahren, haben die Betreffenden sich allerdings bereit erklärt, zur Verhandlung in Leipzig zu erscheinen. Diese Erklärung liegt aber schon ein halbes Jahr zurück und wurde damals von der Reichsregierung nicht beachtet und ist auch vom Oberreichsanwalt der Oeffentlichkeit nicht mitgeteilt worden. Erst jetzt hat man dieses Angebot, das nicht erneuert wurde, hervorgehoben."

Das Augsburger Blatt ist bestimmt über die Schritte der Kappisten sehr gut unterrichtet und es kann auch kein Zweifel darüber sein, warum der Reichsanwalt die schon ein halbes Jahr zurückliegende Erklärung kurz vor dem Beginn der Gerichtsverhandlung als Begründung für die Verschiebung des Prozesses benutzt. Er will gegen die Kappisten nicht verhandeln, er will den Prozeß gegen die Kappisten solange hinausschieben, bis er in einer günstigen politischen Situation niedergeschlagen werden kann.

Für Sacco und Vanzetti.

Die Pariser Arbeiter gegen die Weiße Justiz.

Ueberall wird die Aktion der europäischen Arbeiter für die Befreiung der zum Tode verurteilten amerikanischen Genossen Sacco und Vanzetti fortgesetzt. In zahlreichen Städten Frankreichs, Belgiens, der Schweiz, Italiens finden Massenversammlungen und große Kundgebungen für die beiden Opfer der amerikanischen Trustjustiz statt.

An der Spitze der Aktion steht das rote Paris. Nachdem es in der vorigen Woche in dem großen Meeting im Wagramsaal infolge von Spitzelprovokationen zu Bombenwürfen und blutigen Zusammenstößen gekommen war, demonstrierten am Sonntag Tausende von Pariser Arbeitern für Sacco und Vanzetti. Die Massen versuchten, vor die amerikanische Botschaft zu gelangen. Aber Briand hatte vorgesorgt. Nach den übereinstimmenden Berichten der Presse hat Paris seit Menschengedenken nicht ein solches Aufgebot von Polizei und Militär erlebt wie an diesem Sonntagnachmittag. Polizeiagenten, Stadtgarden, Infanterietruppen und Gardekürassiere sperrten alle umliegenden Straßen ab. Die Zahl der bewaffneten Macht betrug nicht weniger als 10 000 Mann. So groß ist die Furcht der französischen Regierung vor den Kommunisten. Mit Mühe verhinderte die Besonnenheit und Disziplin unserer Genossen ein Blutbad. Immerhin kam es an einzelnen Stellen zu Tumulten. 10 Kommunisten wurden verhaftet.

In Marseille versuchten starke Massen von Demonstranten nach einer kommunistischen Versammlung vor das amerikanische Konsulat zu ziehen. Ein gewaltiges Polizeiaufgebot sperrte die Zugangsstraßen ab, 17 Personen wurden verhaftet, darunter der kommunistische Stadtrat Gay und die bekannte Genossin Marie Mayoux.

Auch in London fand ein großes Protestmeeting gegen die geplante Hinrichtung Saccos und Vanzettis statt. Sylvia Pankhurst sprach unter brausendem Beifall der Londoner Arbeiter.

Die amerikanische Regierung beschloß, eine besondere Schutzgarde für die Sicherheit des Richters Thayer aufzustellen, der das Todesurteil über Sacco und Vanzetti fällte.

Helft Sowjetrußland!

Ein weiteres Hilfsschiff aus Deutschland nach Rußland am 7. November.

Das Auslandskomitee hat beschlossen, den zwei ersten deutschen Transporten, die vor einigen Tagen Stettin und Hamburg verlassen haben, **einen weiteren größeren Transport am 7. November folgen zu lassen.** Das Komitee plant die Ausrüstung eines eigenen Schiffes, das am 7. November, dem Jahrestag der russischen Revolution, Stettin verlassen soll. Von den einzelnen Landes-Hilfskomitees aus der Schweiz, Belgien sind bereits größere Sendungen gesammelter Kleider, Schuhe, Werkzeuge usw. angemeldet. Das tschechoslowakische Hilfskomitee plant einen größeren Posten Zucker zu der Ladung beizusteuern.

5000 Mark von der Uerdinger Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung Uerdingen bei Krefeld bewilligte auf kommunistischen Antrag 5000 Mark für die Rußlandhilfe.

Proletarische Ehrentafel.

Die Zimmerer des Lohngebietes Chemnitz haben beschlossen, daß jedes Mitglied 20 Mark für das hungernde Rußland abführen soll. Obwohl noch nicht alle Listen herein sind und ein Teil in Fabriken und in den Außenbezirken das Geld nicht an die Geschäftsstelle ablieferte so sind von etwa 600 in Frage Kommenden 10 001 Mark gesammelt worden.

Gewerkschaftliches.

12 000 Eisenarbeiter ausgesperrt.

Auf dem Bochumer Verein sind am 25. Oktober zirka 12 000 Mann ausgesperrt. Nur noch 10 Abteilungen arbeiten, die voraussichtlich ebenfalls ausgesperrt werden. Als Grund gibt man Strommangel an; die wahre Ursache wird jedoch in dem Streik der Werksmaurer zu suchen sein.

Weil das Stinnes-Kapital den Werksmaurern ihre bescheidenen Forderungen nicht bewilligen will, wirft es viele tausend Arbeiter auf die Straße. Durch fortgesetzte Schläge des Unternehmertums wird es der Arbeiterschaft eingehämmert, daß auch sie ihre gesamte Macht dem Kapital entgegenstellen muß.

Der Kampf der Thüringer Metallarbeiter geht weiter.

Durch einen unerhörten Wortbruch des Unternehmertums sind die Thüringer Metallarbeiter gezwungen, den Kampf fortzusetzen. Bei den Verhandlungen, die zu dem Abkommen von Weimar führten, haben die Unternehmer mit ihren wahren Absichten zurückgehalten, um das Gros der Arbeiterschaft in die Betriebe zu bekommen. Jetzt verlangen aber die Metallindustriellen Auflösung und Neuwahl der Betriebsräte und Vorstände der Betriebskrankenkassen, sie schreiten zu Maßregelungen der Betriebsräte und stellen Aufnahmebedingungen, die eine außerordentliche Verschärfung der Arbeitsordnung und eine Einschränkung der Rechte der Betriebsräte bedeuten. Außerdem behält sich das Unternehmertum die Auswahl der wiedereinzustellenden Arbeiter vor.

Unter diesen Umständen ist der Kampf der Metallarbeiter in ganz Thüringen von neuem entbrannt. In Gotha, Erfurt, Eisenach, Suhl, Ruhla und vielen anderen Orten wurde der Streikbeschluß fast einstimmig gefaßt. Zwischen der Tarifkommission und dem thüringischen Ministerium haben Verhandlungen stattgefunden, über deren Ergebnis noch nichts bekannt ist.

Dominicus gegen eine einheitliche Schupogewerkschaft.

Die Schupobeamten haben erkannt, daß sie, um ihre Rechte als Beamte wirksam verteidigen zu können, sich in einer großen einheitlichen Gewerkschaft mit allen anderen Polizeibeamten zusammenschließen müssen.

Dominicus, der preußische Orgeschminister des Innern, befürchtet, daß durch diesen Zusammenschluß in einem Verbande die Beamten in die Lage kämen, sich gegen Anmaßungen der Regierung oder reaktionärer Vorgesetzter zu wehren. Er richtete deshalb an den Verband der Polizeibeamten Preußens folgendes Schreiben:

„Die durch meinen Erlaß — II J. 1329 — vom 28. Juli 1921 erfolgte Anerkennung des Landesverbandes Preußen der Schutzpolizeibeamten als Berufsorganisation war eine durch die Entwicklung der Dinge hervorgerufene Notwendigkeit, da bei weitem die größte Zahl der Schutzpolizeibeamten in diesem Verbande zusammengeschlossen war.

Darüber hinaus erkenne ich jedem Verbande selbstverständlich das Recht zu, für die allgemeinen Interessen der ihm angehörenden Beamten einzutreten.

Die anscheinend im Gange befindliche Umgestaltung einer Anzahl von Polizeibeamtenorganisationen wird übrigens unter Umständen auch eine Abänderung meiner bisherigen Stellungnahme zur Folge haben.

gez. Dominicus."

Alle Arbeiter kennen Dominicus als Orgeschminister. Dominicus ist auch der Freund einer nach wilhelminischem Muster organisierten Schupo. In eine militaristische Schupo gehören natürlich keine Beamte, die ihre eigenen Ansichten haben und frei von ihrem wirtschaftlichem Koalitionsrecht Gebrauch machen.

Dominicus erklärt, unter Umständen will er das Beispiel der Reichswehr nachahmen und auch den Schupobeamten das Koalitionsrecht nehmen.

Schupobeamte! Laßt Euch nicht durch diese Erklärung von Orgesch-Dominicus abhalten, Euch in einem einzigen großen Verbande, der Eure Interessen tatkräftig vertritt, zusammenzuschließen.

Nur Einigkeit macht stark!

Breslauer Nachrichten.

An unsere Genossen!

Der große Erfolg, den wir durch die letzte Werbewoche für unsere Zeitung zu verzeichnen haben, darf uns keinesfalls veranlassen, nun im Glauben, eine Pflicht erfüllt zu haben, die Hände in den Schoß zu legen. Wir müssen fortwährend die Werbungen fortsetzen. Aber wir müssen auch das eroberte Neuland zu halten suchen. Unsere jetzt noch bestehenden ungünstigen Verhältnisse in der Druckherstellung werden uns aber dabei nicht förderlich sein, sondern wir werden mit allerlei Schwierigkeiten kämpfen müssen, die solange fortbestehen, solange die Expedition nicht mit dem Verlag vereint wird. Es ist deshalb unsere ernste Aufgabe, so schnell als möglich diesen Mißstand zu beseitigen, und schon die nächste Zeit wird beweisen, daß die gestellte Aufgabe gelöst wurde.

Bis dahin aber müssen unsere Genossen, die alle diese Mißstände kennen, helfend beispringen und nicht schimpfend beiseite stehen. Sie müssen den neuen Abonnenten unter allen Umständen die Zeitungen liefern, bis die mehr bestellten Exemplare ihren Weg in die einzelnen Orte gefunden haben. Jeder Genosse, der seine Zeitung gelesen hat, stelle sie sofort wieder dem Kolporteur zur Verfügung, damit dieser über die erneute Lieferung frei verfügen kann. Auf diese Weise wird der bestehenden Schwierigkeit entgegengearbeitet, aber diese Handlungen beweisen auch, daß jeder Genosse bestrebt ist, Umstände beseitigen zu helfen, die sich aus den schlechten momentan noch bestehenden Verhältnissen ergeben, und für die heute kein Mensch verantwortlich gemacht werden kann. Jeder Genosse stelle sich also schützend vor seine Sache.

Der Verlag.

Gegen die Konterrevolution in Justiz und Verwaltung.

Im überfüllten Zentralballsaal sprach am Dienstag Genosse Klein. Er ging zunächst auf die politischen Verhältnisse ein. Die Konterrevolutionäre besonders in Schlesien halten jetzt ihre Zeit für gekommen. Das Abenteuer des Habsburger Karl zur Wiederaufrichtung seiner Monarchie wird nicht nur unterstützt von den Reaktionären aller Länder, es wird auch ein Ansporn sein für die Monarchisten in Deutschland. Ihnen wird der evtl. Erfolg des Habsburgers keine Ruhe lassen. Die oberschlesische Frage ist gelöst. Der Selbstschutz hat keine Existenzberechtigung mehr. Diese Leute denken nicht daran, abzudanken. Können sie keine Lorbeeren ernten gegenüber Polen, dann werden sie kämpfen gegen die Republik, gegen die Arbeiter.

Die Verwaltungsorgane der Provinz Schlesien, besonders die Polizei und Justiz, begünstigen offenkundig diese konterrevolutionären Umtriebe, was wir beweisen können und schon bewiesen haben durch unsere Artikel in der Zeitung und im Klein-Prozeß vor dem Schwurgericht. Die Polizei und Justiz schmeißt Kommunisten ins Gefängnis monatelang wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Sie erkennt also diesen Selbstschutz als legal an.

Gerade jetzt ist die Notwendigkeit einer geschlossenen Front der Arbeiter dringend. Die Monarchisten haben ihre Rüstungen soweit getrieben, um in allernächster Zeit loszuschlagen. In dieser ernsten Zeit, wo die Republik und die geringen Errungenschaften der Novemberrevolte auf dem Spiel stehen, muß alles die Arbeiter Trennende zurücktreten. Alle Arbeiter, ob Sozialdemokraten, Kommunisten, ob organisiert oder nicht, müssen erkennen, daß, wenn jetzt die Monarchisten losschlagen, ein heißerer Tanz beginnt als beim Kapp-Putsch. Da muß die Arbeiterschaft erkennen, daß sie mit der Waffe in der Hand gegen die monarchistischen Restaurateure kämpfen muß. Dann wird klar zu Tage treten, wer die wahren Schützer der Republik, die Verfechter einer wirklichen Demokratie sind. — Deutschlands Arbeiter.

Nach Klein sprach der Genosse Oelßner, der eben aus der Haft entlassen war.

An diese Ausführungen des Referenten schloß sich eine lebhafte Diskussion. Insbesondere wurde betont, daß besonders die SPD.-Arbeiter dafür zu sorgen haben, daß ihre Führer das Vertrauen, das sie genießen, bei kommenden Kämpfen nicht mißbrauchen.

Ein Bäckerlehrling durch grausame Behandlung in die Oder getrieben.

Der Bäckerlehrling Willi Schmiedt, Sohn des Straßenbahnschaffners Schmiedt, wohnhaft Goethestraße 83, erlernte seit 2½ Jahren in der Bäckerei Gernoth, hier, Sternstraße, das Bäckerhandwerk.

Seit längerer Zeit wurde nun diese Lehre ein Martyrium für diesen jungen Menschen. Essen, welches zur Ernährung von Schweinen zu schlecht war, wurde diesem jungen Menschen vorgesetzt.

Ist es doch vorgekommen, daß das Fleisch, welches zur Bereitung des Mittagessens verwandt wurde, einen derartigen Geruch verbreitete, daß die Hausbewohner, welche zwei bis drei Treppen hoch wohnten, es vor Gestank nicht aushalten konnten.

Die Arbeitszeit betrug für den Lehrling fast täglich 16 bis 17 Stunden, trotzdem der Gesetzgeber 8 Stunden vorschreibt.

Alle diese Mißhandlungen konnte der Lehrling nicht mehr ertragen. Als auch durch das mehrmalige Vorstelligwerden des Vaters bei dem Lehrherrn keine Abhilfe geschaffen hatte, beschloß dieser junge Mensch, nachdem derselbe noch einen Abschiedsbrief an die Eltern geschrieben hatte, durch Ertrinken seinem Leben ein Ende zu machen.

Welche innerlichen Kämpfe muß dieser junge Mensch durchgemacht haben, um zu dem Entschluß zu kommen, sich das Leben zu nehmen.

Durch Zufall konnte dieser junge Mann im letzten Augenblick den Fluten der Oder wieder entrissen werden, als ein Herr Seidel, wohnhaft Neumarkt Nr. 12, durch Einsetzung des eigenen Lebens, denselben den Fluten wieder entriß.

Es wäre in diesem Falle der Gewerbeinspektion sowohl wie dem Herrn Staatsanwalt Gelegenheit gegeben, sich im Interesse des Schutzes der Schutzlosen zu betätigen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Zum Streik der Porzellanarbeiter.

Die Streikleitung ersucht um Aufnahme nachstehender Zeilen: Der Streik in der Porzellanindustrie dauert noch an; die Unternehmer verharren noch weiter auf ihrem hartnäckigen Standpunkt. Die Geschlossenheit der Arbeiterschaft und der eiserne Willen, auszuharren bis zum endgültigen Sieg, zwingt doch die Unternehmer, ihren Standpunkt in vielem zu ändern. So wurde vorige Woche in Nürnberg das Landeseinigungsamt zwecks Abschlusses eines bayerischen Landestarifes angerufen. Hierüber ist folgendes zu berichten:

Der von unseren bayerischen Genossen eingeleitete Versuch beim Landeseinigungsamt Nürnberg zu Verhandlungen über einen bayerischen Landestarif zu kommen, scheiterte, weil sich der bayerische Unternehmerverband der Porzellanfabriken dem Einigungsamt nicht stellte, und die nur in der Stärke von 3 Mann erschienene Leitung des Arbeitgeberverbandes für die deutsche Feinkeramische Industrie erklärte, daß sie, an dem Gedanken des Reichstarifsvertrags festhaltend, jedem Versuch auf Abschluß eines Landestarifs widerstrebe, und es vermocht habe, die bayerische Arbeitgeberorganisation von solchem Versuch abzuhalten. Ueber einen Reichstarifvertrag zu verhandeln, erklärten sich die erschienen Arbeitgebervertreter außerstande, weil sie eine nicht genügende Vertretung darstellen würden, auch gar keine Vollmacht hatten und gehalten seien, Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag nur beim Reichsarbeitsamt in Berlin zu führen.

Es gelang aber durch Vermittlung des Landeseinigungsamtes, daß die beiden Parteien sich dahin einigten, in gemeinsame Verhandlungen über einen Reichstarif am Sonntag, den 23. Oktober in Dresden einzutreten. Vorläufig haben die Arbeitgebervertreter vor dem Landeseinigungsamt Nürnberg die Erklärung abgegeben, daß das Eisenacher sogenannte Ultimatum als Höchstangebot nicht mehr in Frage komme, daß im Gegenteil sie bereit seien, den Arbeitnehmern weiter entgegen zu kommen. Die geschlossene Porzellanarbeiterschaft sieht aber mit Spannung auf den Verlauf der Dresdener Verhandlungen und ruft den Unternehmern nochmals zu, endlich ihnen den gebührenden Teil der Millionengewinne zukommen zu lassen, anderenfalls der Kampf bis aufs Messer geführt wird.

Zur Beilegung des Streiks pflegten am Freitag in Breslau beim Demobilmachungskommissar Verhandlungen, geführt durch Herrn Dr. Wieszner, 2. Bürgermeister, in Begleitung des Genossen Betriebsrätesekretärs Hirsch. Das Ergebnis war, daß sich der Demobilmachungskommissar bereit erklärte, die Unternehmer zu einer Verhandlung Anfang dieser Woche einzuladen. Hoffentlich gelingt es nun endlich, den Streik einem würdigen Abschluß entgegenzuführen. Der Profitbeutel der Ausbeuter muß etwas geschmälert und den Porzellanarbeitern ein menschenwürdiges Dasein in Aussicht gestellt werden.

Das Radrennen in Gruneide

findet durch Absage einiger Fahrer nicht am Sonntag, den 30. Oktober, sondern voraussichtlich erst am Sonntag, dem 6. November ds. Js. statt.

Aus der Provinz.

Die schlesischen Landarbeiter sollen verhungern.

Die Junker machen wahr, was ihr Häuptling, der Graf v. Kayserlingk, vor einigen Wochen den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes Schlesiens erklärte, daß im Jahre 1922 die Löhne abgebaut werden müßten.

Im Kreise Nimptsch haben sie jetzt den ersten Versuch gemacht, ihre Worte in Taten umzusetzen. Der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für den Kreis Nimptsch hat an die Mitglieder, die Junker, ein Zirkular verschickt, in dem zum Ausdruck kommt, daß das Arbeitsverhältnis für 1922 nur mit solchen Landarbeitern erneuert wird, die auf Ueberdeputat verzichten. Ferner soll bis zum Abschluß des neuen Lohntarifs nur das Normaldeputat und Barlohn des Jahres 1921 gegeben werden! — Landarbeiter, die die Unterschrift verweigern, gelten als entlassen.

Der Provinzialarbeitgeberverband für die Provinz Schlesien, dessen Vorsitzender der Graf von Kayserlingk ist, hat seine Zustimmung zu diesem Angriff der Junker des Kreises Nimptsch gegeben, d. h. der Fall Nimptsch wird zur Grundlage des Gesamtvorgehens der Junker Schlesiens.

Man will die Landarbeiter in die Boimäßigkeit von vor dem Kriege bringen. Die Landarbeiter werden kämpfen müssen, wenn sie leben wollen.

Darum, Landarbeiter, aufgepaßt! Uebt Solidarität! Stellt Euch geschlossen hinter die Aufforderung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, den Schandvertrag nicht zu unterschreiben.

In Eurer Einigkeit liegt Eure Kraft!

Ein Hakenkreuzheld.

v. Freytagh-Loringhoven, bekannt in Schlesien durch seine unflätigen, hämischen Angriffe gegenüber der Arbeiterschaft und den Einrichtungen der Republik, stammt aus einer Familie, die seit ungefähr drei Jahrhunderten auf der Insel Oesel ansässig ist; geboren 1875 in Arendsburg in Livland. Er studierte in Dorpat Jura und ging dann als Redakteur an in deutscher Sprache erscheinende Blätter in Reval und Petersburg. Hier vertrat er den zaristisch-russischen Staatsgedanken gegenüber Deutschland. Durch das alte Militär-Regime wurde er zu Ober-Ost kommandiert und wurde schließlich Beirat für baltische Angelegenheiten bei Ober-Ost. Dieser russische Untertan und Staatsfeinde wurde aber im Handumdrehen deutscher Staatsangehöriger. Zum Danke dafür glaubt er auch die Einrichtungen der Deutschen Republik in der ihm geistesverwandten „Schles. Tagespost" bei jeder Gelegenheit durch den Schmutz ziehen zu müssen. Er ist es besonders, der mit den gemeinsten Mitteln jede Annäherung der deutschen mit den russischen Arbeitern zu hintertreiben versucht. Er ist eine Haupttriebfeder unter den Monarchisten. Diese Leute wollen natürlich nicht nur Deutschland mit den Segnungen der Monarchie beglücken, sondern auch Rußland wieder unter eines anderen Väterchens Knute bringen.

Saalberg i. Rsg. Ein „patriotischer Villenbesitzer". Ein gewisser Wilms hat hier eine Villa. Während der Zeit, wo in Deutschland Arbeiter mehr zu sagen hatten als heute, konnte dieser Herr nicht genug vor den Proletariern schweifwedeln. Nun, wo die bürgerliche Kanaille Oberwasser verspürt, ist er besonders rabiat gegen seine Dienstboten. Dies zeigt folgender Vorfall der typisch für Herrn Wilms, typisch für die heutige bürgerliche Gesellschaft und besonders typisch für den heutigen Staat, wie er für seine „Staatsbürger" die Wohnungsnot beseitigt. Dieser W. hat einen Kutscher. Mit diesem kam er wegen seinem Arbeitsverhältnis in Streit. Nachdem das Arbeitsverhältnis gelöst war, ging er in die Petersdorfer Glanzfädenfabrik arbeiten. Seine Möbel hatte er aber noch in der Kutscherwohnung und wohnte auch da, weil er keine andere Wohnung fand. Das war Herrn W. ein Dorn im Auge. Während der Mann in Arbeit war, holte er sich die „Hüter der Ordnung", den Amtsvorsteher, Gendarm, Gerichtsvollzieher und Spediteur, erbrach mit einem Brecheisen die verschlossene Tür der Wohnung, und alles wurde auf den Möbelwagen geworfen. Der Spediteur wurde angewiesen, die Sachen in das 3 Stunden entfernte Boberullersdorf (drei Stunden von der Arbeitsstätte des Mannes entfernt), in eine angebliche freie Wohnung zu fahren. Die Wohnung war natürlich nicht frei und man lud alles in einer Scheune ab. Wegen der großen Entfernung muß der Mann seine Sachen liegen lassen und sich eine Schlafstelle in der Nähe seiner Arbeitsstelle suchen. Er kann von Pontius bis Pilatus laufen, er bekommt kein Recht. Recht bekommt der Villenbesitzer, die Stütze der Gesellschaft, weil er Steuern zahlt, der arme Proletarier darf für seine Aktionäre Dividenden herausschusten, genießt eventuell das Glück, in einen Kessel kochenden Wassers zu fallen, muß 10 Prozent von seinem Lohn für Steuern sich abziehen lassen und kann sich einen Unterstand zum Schlafen bauen. Wenn der Arbeiter dann klassenbewußt wird, schimpft Herr W. mit anderen Freunden am Stammtisch über die dauernden Lohnforderungen der Proletarier.

Lauban. Hier fand am 23. Oktober eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Als Referent war Koll. Langisch-Stettin erschienen. Trotz der besonders die Eisenbahner treffenden Not waren nur wenig Leute erschienen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Eisenbahner noch Heimarbeit machen müssen, um nicht zu verhungern. Der Referent ging nicht auf die Bewegung der Eisenbahner in Halle und Breslau ein, streifte nicht einmal den Erlaß Gröners betreffend die Durchbrechung des Achtstundentages. Erst von unseren Genossen aufgefordert, fertigte er diese Bewegung mit ein paar Worten ab. Als unsere Genossen einen Weg zeigten, sich von Stinnes loszureißen, auf dem Boden des Klassenkampfes für den Sieg der Arbeiter zu kämpfen, hatte der DEV.-Referent nichts anderes auf Lager, als antibolschewistische Schimpfreden loszulassen. Man muß sich tatsächlich wundern, wie wenig Geist ein Bürokrat im DEV. braucht, um Versammlungen abzuhalten.

Freiburg. Bierboykott. Nachdem die Wirtschaftskommission für Gastwirtschaften in Verhandlungen mit dem Gastwirtsverein und den Brauereien wegen Herabsetzung des Bierpreises auf 2,25 M. pro Schoppen kein Entgegenkommen gefunden hat, beschlossen die Ortskartelle der Arbeiter, Angestellten und Beamten, vom Montag, dem 24. Oktober ab, den Bierboykott durchzuführen. Sollte bis Mittwoch von den Gastwirten eine Herabsetzung des Bierpreises nicht erzielt werden, so soll der Boykott auf sämtliche Getränke wie Vergnügungen ausgedehnt werden. Wir ersuchen alle Arbeiter, Angestellten, Beamten und Bürger von Freiburg und Umgegend, den Boykott restlos durchzuführen.

Versammlungskalender.

Zur Beachtung! Unterbezirk Waldenburg. Am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags pünktlich 9 Uhr, findet im Schützenhaus der von der Unterbezirkskonferenz beschlossene Rednerkursus statt. Alle Teilnehmer müssen ½9 Uhr auf dem Büro sein im Schützenhaus zu Gottesberg. Auswärtige Genossen werden gebeten, früh genug von ihrem Orte wegzufahren, damit auch sie pünktlich erscheinen. Die Genossen, welche die Bahn benützen, fahren am besten bis zur Station Fellhammer.

J. A.: Scholze, Gottesberg.

Liebau. Am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in „Stadt Berlin" Mitgliederversammlung statt. Es wird ein Vortrag gehalten über die ernste wirtschaftliche und politische Lage. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu dieser wichtigen Zusammenkunft zu erscheinen.

J. A.: Der Vorstand.

SPD. Ortsgruppe Liegnitz. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr im „Reichspräsident" Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Geißler über: Der Parteitag der SPD. in Görlitz.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Lützow 1956 und 1957.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm
Sonntag vormittag 11 Uhr
Große Matinee.

Anzeigen
haben in der
„Schles. Arbeiterzeitung"
den größten Erfolg.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: _____

Beruf: _____

Ort: _____

Straße und Hausnummer: _____